

75 „ENTHÜLLUNGEN ÜBER EINE PARTEI“ WAS SIE ÜBER DIE CSU WISSEN SOLLTEN

herausgegeben von Renate Höpfinger

AUTORENVERZEICHNIS

Blume Markus, Dipl.-Politikwissenschaftler, MdL, Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union

Bodensteiner Paula, Referatsleiterin für Bildung, Hochschulen, Kultur in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Burtscheidt Andreas, Dr., Leiter Referat Promotionsförderung, Promotionskolleg „Ethik, Kultur und Bildung“ sowie Universitätsförderung Bereich MINT im Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung

Delhaes-Guenther Andreas von, M.A., Kommunikationsreferent bei der CSU, davor von 2006-2019 Redakteur beim Bayernkurier, ab 2014 komm. Redaktionsleiter, dann Cvd

Franke Silke, Dipl.-Geografin, Leiterin Referat Umwelt, Energie, Stadt und Ländliche Räume in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Greipl Egon Johannes, Prof. Dr., Honorarprofessor der Universität Bamberg, Historiker und Denkmalpfleger, 1989-1993 Leiter der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, 1997-1999 Kulturreferent der Stadt Regensburg, 1999-2013 Generalkonservator und Leiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege

Hausmann Peter, Staatssekretär a.D., 1988-1992 Parteisprecher der CSU unter Theo Waigel, 1995-1998 Regierungssprecher von Helmut Kohl und Chef des Bundespresseamts und 2008-2014 Chefredakteur des Bayernkurier

Helmendorfer Thomas, Dipl.-Kaufmann, Journalist und Regisseur, 1980-1997 geschäftsführender Gesellschafter der Werbeagentur Team '70 GmbH

Hildmann Philipp W., Dr., Leiter Kompetenzzentrum Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog, Hanns-Seidel-Stiftung

Himpsl Rudolf, Dr., Historiker und Politikwissenschaftler; Dissertation zur Außenwirtschaftspolitik des Freistaats Bayern in der Nachkriegszeit (2020 erschienen); Alt-Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung

Hirscher Gerhard, Dr., Leiter der Leitungsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung und Wahlforschung im Planungsstab der Hanns-Seidel-Stiftung

Höpfinger Renate, Dr., Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik und der Politisch-historischen Fachbibliothek der Hanns-Seidel-Stiftung; stv. Akademieleiterin

Hopp Gerhard, Dr., Politologe, MdL, Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Landtags und des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Hübler Martin, Dr., Gründer und Inhaber der Firma Polideas, Reden, Service, Kommunikation und Beratung für politische Mandatsträger

Keil Karl Heinz, Dipl.-Staatswissenschaftler Univ., Referent für Medien, Digitale Gesellschaft, Mobilität, Innovation im Institut für Politische Bildung der Hanns-Seidel-Stiftung

König Fabian, Leiter des Referats für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Loibl Richard, Dr., Historiker und Museumsfachmann, 2002-2010 Gründungsdirektor des Staatlichen Textil- und Industriemuseums Augsburg, seit 2007 Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte in Augsburg und in dieser Funktion Gründungsdirektor des Museums der Bayerischen Geschichte in Regensburg

Männle Ursula, Prof., ehem. MdB, MdL, Staatsministerin a.D., 1981-1991 Vorsitzende der Frauen-Union Bayern, 2014-2019 Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung

Meier-Walser Reinhard, Prof. Dr., Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, Honorarprofessor für Internationale Politik an der Universität Regensburg

Oberreuter Heinrich, Dr. Dr. h.c., 1978-1980 Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin und 1980-2010 an der Universität Passau, 1991-1993 Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden, 1993-2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing; Redaktionsleiter der Neuauflage des Staatslexikons

Oetzinger Stephan, Dr., Promotion „Die Deutschlandpolitik der CSU von 1969 bis 1993 an der Universität Regensburg (2017); 2012-2018 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Mantel; seit 2018 MdL; Altstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung

Paleczek Raimund, Dr., Historiker und Pädagoge, Vorsitzender des Sudetendeutschen Institut e. V., Referent im Aufbauteam für das Sudetendeutsche Museum in München, Mitglied des Landesvorstands der Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU

Rose Klaus, Dr., Studienrat, Historiker, ehem. MdL, MdB, 1997-1998 Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium; als Publizist tätig

Rückert Maximilian Th. L., Historiker, Leiter des Referats für Digitalisierung, Politik, Künstliche Intelligenz in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung; Dissertation zur Militärgeschichte der Habsburg-Lothringer 1780-1815 (erscheint 2021)

Schlembach, Claudia, Dr., Leitung des Referats Wirtschaft und Finanzen in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Schlemmer Thomas, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Privatdozent am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München

Schmid Susanne, Dr., Referentin für gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Schüssel Wolfgang, Dr., 1995-2007 Obmann der Österreichischen Volkspartei und 2000-2007 Bundeskanzler Österreichs

Strobl Birgit, Dr., Referentin für Recht, Geschichte und Kultur im Institut für Politische Bildung der Hanns-Seidel-Stiftung

Weigl Michael, Dr., Akademischer Beamter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau. Sein besonderes Interesse gilt Fragen des Regierens und des (partei)politischen Wettbewerbs, mit besonderem Schwerpunkt auf bayerischer Landespolitik.

Weiser Michael, Redakteur beim Oberbayerischen Volksblatt in Rosenheim; davor Leiter der Kulturredaktion des Bayernkuriers und des Nordbayerischen Kuriers in Bayreuth. Seine Liebe gehört Wagner, dem Sprechtheater und den vielen Tapferen und Einfallsreichen, die Bayerns Kultur so reich machen.

Zech-Kleber Bernhard von, Historiker, wissenschaftlicher Redakteur im Historischen Lexikon Bayerns; Dissertation zur Geschichte des Tourismus in Südbayern (erscheint 2020); Altstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung

Zolleis Udo, Prof. Dr., Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen

IMPRESSUM

ISBN

978-3-88795-582-3

Herausgeber

Copyright 2020,
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Dr. Renate Höpfinger
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89/1258-0
E-Mail: info@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender

Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär

Oliver Jörg

Konzeption, Redaktion

Dr. Renate Höpfinger (Vi.S.d.P.)

Gestaltung

Gundula Kalmer, München

Druck

Druckerei Joh. Walch GmbH & Co KG,
Augsburg

Bildnachweis:

Der Bildnachweis wurde bei den einzelnen Abbildungen vermerkt.

Die Fotos der Biogramme stammen überwiegend aus dem ACSP, dem Archiv des Bayerischen Landtags (Ankermüller, Baumgartner, Deku, Euerl, Gröber, Haußleiter, Horlacher, Krehle, Kroll, Meixner, Prittowitz und Gaffron, Sauer, Schlögl, Stang), dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Schmitt Glaeser) und dem Stadtarchiv Landau a.d. Isar (Konrad Kübler).

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

FÖDERALISMUS – VON DER ZÜNDKRAFT EINER IDEE

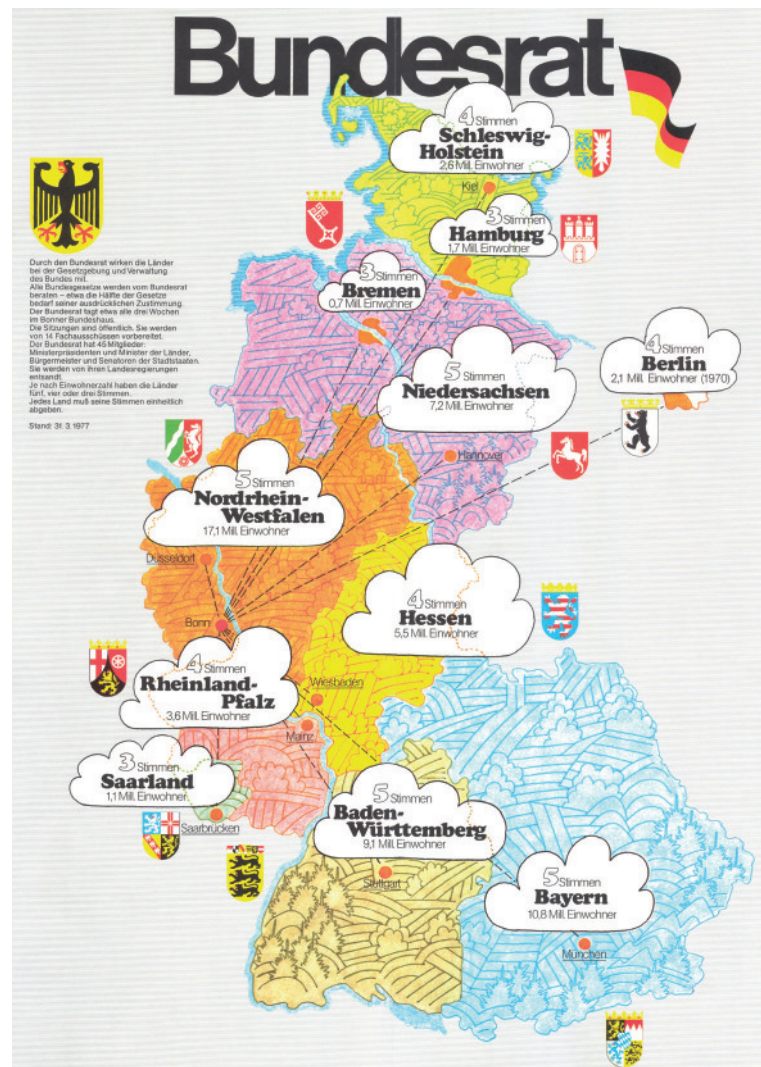
Klaus Rose

Zum bayerischen Selbstverständnis gehört seit jeher das Wort „Föderalismus“. Es hat etwas mit Eigenständigkeit oder gar Eigenstaatlichkeit zu tun, auf jeden Fall mit Selbstbewusstsein. Auch wenn Bayern selbst keine föderalen Strukturen besitzt, so macht es auf übergeordneter Höhe nur mit, falls möglichst viel Selbstbestimmung übrigbleibt. Föderalismus ist also das zentrale Lebensthema Bayerns. Dieses wird gerne als Glaubensbekenntnis hochgehalten und es ist tief verankert in der CSU. Das führt auch in jüngster Zeit immer wieder zur Aussage, die CSU sei „kein Befehlsempfänger von Berlin“ (Ernst Fuchs). Doch was ist wirklich geblieben von der schönen Eigenstaatlichkeit, ja vom Föderalismus?

Werbeplakat
des Bundesrats 1977
ACSP, PI 4579

Eingeschränkte bayerische Souveränität

Bayern, das seine „mehr als tausendjährige Geschichte“ nahezu im Verfassungsrang hält (Präambel der Bayerischen Verfassung 1946), hatte im Lauf der Jahrhunderte im Heiligen Römischen Reich, im Deutschen Bund und im Deutschen Kaiserreich ab 1871 „staatstragend“ mitgemacht, dabei aber stets auf seine Souveränität gepocht. Diese war manchmal spürbar eingeschränkt. In der königlichen Zeit wurde der Glanz Bayerns poliert. Sogar ein eigener Lehrstuhl für bayerische Geschichte wurde am Ende des 19. Jahrhunderts in München errichtet. Da hatte sich Bayern, aus welchen Gründen auch immer, schon dem Deutschen Kaiserreich angeschlossen und Abgesandte in den Reichstag gewählt. Aber von der Eigenständigkeit waren viele Bayern immer noch überzeugt, besonders die neue bayerische Patrioten Partei. Mit den Preußen wollte man nichts am Hut haben, aber als Deutsche wollte man auch gelten. So fand der letzte bayerische König nichts dabei, an deutscher Seite gegen die Franzosen zu kämpfen, nach der Niederlage aber Abstand von den Preußen zu suchen.



*„dass mit Deutschlands
Bruderstämmen einig
uns ein jeder schau“*

Die Chance, mit der ersten Revolution auf deutschem Boden im November 1918 echt souverän zu werden, wurde aber im „Staats-Grundgesetz der Republik Bayern“ vom 4. Januar 1919 ausgelassen. Denn dort hieß es unter der Nummer 1: „Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich).“ Auch in der „Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern“ vom August 1919, unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD), stand in Abschnitt 1 § 1 „Bayern ist ein Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches“. Zumindest mehrheitlich stand die Zugehörigkeit zu den anderen Deutschen also nie in Frage, weshalb man die heutige Bayernhymne mit ihrem Bekenntnis „dass mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns ein jeder schau“ mit Inbrunst mitsingen kann. Es wird auf jeden Fall der eigene Stamm herausgestellt.

Ab 1945 neue Chance für Bayern

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1945 hatte Bayern, auf das man stolz sein wollte, zwar die Chance des Überlebens „als Ganzes“, einschließlich des „Bezirks Rheinpfalz“, es hatte aber trotzdem nicht die Absicht, sich von Deutschland zu lösen, unabhängig davon, was die US-amerikanische Besatzungsmacht gesagt hätte. „Als Ganzes“ hieß: der Begriff Bayern blieb, das dazugehörige Territorium blieb (die Rheinpfalz wurde im August 1946 umgegliedert), die bayerische Staatlichkeit wurde schnellstmöglich wiederhergestellt. Dem diente die neue Bayerische Verfassung, welche durch Volksentscheid am 1. Dezember 1946 angenommen wurde. Die Wahlbeteiligung (gleichzeitig Landtagswahl) lag bei 75,7 Prozent, die Zustimmungquote bei 70,6 Prozent. Im Umkehrschluss heißt das natürlich, dass die Abneigung gegen „das Neue“ durchaus vorhanden war, darunter wohl auch das anti-preußische Element.

Die erste demokratisch gewählte „Nachkriegsregierung“ unter dem CSU-Politiker Hans Ehard setzte in den kommenden Jahren trotz unendlicher sozialer und wirtschaftlicher Probleme den Akzent auch auf den künftigen Staatsaufbau Deutschlands. Dieser sollte gekennzeichnet sein durch eine möglichst föderalistisch geprägte Verfassung. Dazu sollte die „Ländervertretung“ als Gegengewicht zum Gesamtparlament („Bundestag“) gehören. Der Begriff „Bund“ fand erneut Anklang, nicht mehr „Reich“. Bundestag und Bundesrat sollten für ein tiefes föderales Bewusstsein sorgen. Aber der Begriff „Länder“ sollte nicht verloren gehen. Denn die „Bundesrepublik Deutschland“ wurde aus den Ländern heraus gegründet.

Die CSU als Sprachrohr Bayerns

Damit „das Bayerische“ für immer auffallend sein konnte, fasste die Ende 1946 gegründete Christlich-soziale Union (CSU) den Entschluss, ausschließlich für Bayern zu gelten, also keinen Teil einer CDU zu bilden. Das fiel insofern leichter, als es noch keine deutsche Staatlichkeit gab. Im Vorfeld der ersten Bundestagswahl 1949 war die CSU wegen der neuen und starken Bayernpartei auch zum wahrnehmbaren eigenständigen Vorgehen gezwungen. Diese Sachlage diente auch dem „typisch bayerischen“ Beharren auf dem Föderalismus. Im neuen Grundgesetz vom 23. Mai 1949 heißt es folglich in Artikel 30: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder“. Da es aber den Zusatz gab „soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt“, zeichnete sich eine übergeordnete Bedeutung des Bundes ab. Klar war auch der Artikel 50 GG: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.“ Aber es gab auch den Artikel 71: „Im Bereiche der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur, wenn und soweit sie hierzu in einem Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt werden.“

Hilfreich für den Gedanken der Eigenstaatlichkeit war das Subsidiaritätsprinzip. Es förderte geradezu die Legitimität für den Föderalismus, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Es war kein Zufall, dass die neue CSU als erste Partei in Deutschland überhaupt in ihrem ersten Parteiprogramm die Errichtung einer europäischen Währungsunion forderte und dass sie später immer wieder plakatierte „Für Bayern. Deutschland. Europa“. Subsidiär war im Bereich der staatlichen Vorsorge auch die besondere Betonung und Förderung der Freien Träger statt der staatlichen Einrichtungen. Es musste nicht alles „von oben“ kommen.



Die Eigenstaatlichkeit Bayerns bekommt Risse

Nicht bloß im Bewusstsein der Menschen im durch Flüchtlinge veränderten Bayern, die das aufkeimende „Wirtschaftswunderland“ und die gute Regierung Adenauer in Bonn lobten, sondern auch im Zuge „staatlicher“ Regelungen verlagerte sich immer mehr Zuständigkeit auf den Bund. Dazu zählten als Beispiel 1961 das Bundessozialhilfe- und das Jugendwohlfahrts-Gesetz. Bei allem war Franz Josef Strauß führend tätig, denn es ging um viel Geld. Das galt dann besonders für die ab 1982 tätige Kohl-Regierung, die Strauß als Bayerischer Ministerpräsident attackierte. So urteilte der Strauß-Biograf Horst Möller: „Für Infrastrukturmaßnahmen forderte er bei Bundeskanzler Helmut Kohl immer wieder bundespolitische Unterstützung ein [...] Franz Josef Strauß wusste nur zu gut, wie wenig ein selbstgenügsamer Föderalismus den Länderinteressen dient und wie sehr deren kraftvolle Vertretung auf den bundespolitischen Kontext bezogen bleiben muss“ (Möller S.656).

Plakat zur Europawahl 1979
ACSP, PI 664



Die deutsche Wiedervereinigung ab 1990 wurde dann zum Prüfstein für den Föderalismus. Einerseits entstanden fünf weitere Länder, so dass man noch mehr auf die Eigenstaatlichkeit pochen konnte. Andererseits war Bayern bei mehr Ländern mit weniger Gewicht ausgestattet und musste neue Bundesgenossen finden. Es tauchte zunehmend der Begriff „Bundesländer“ auf, was suggeriert, dass die Länder vom Bund abhängen. Während Bonn am Rhein noch als „Bundeshauptstadt“ titulierte wurde, gewöhnte man sich an die in den Medien allgegenwärtige „Hauptstadt“, wenn von Berlin die Rede ist. Es gibt auch keine Deutsche Bundesbahn mehr, sondern die Deutsche Bahn. Sogar einen „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“ gibt es seit 1998 (rotgrüne Bundesregierung). Dabei war Bildung, Schule, Kultur und Wissenschaft stets das Paradebeispiel föderaler Strukturen. Natürlich betreiben die Länder inzwischen auch mehr internationale Arbeit (Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur) und sind stolz auf eigene „Vertretungen“ oder „Häuser“. Minis-

Titelseite einer Publikation der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in Bayern

Bundesrat

Föderalismus' verteilt staatliche Macht und ermöglicht mehr Demokratie und Bürgernähe.

AUS DEM GRUNDGESETZ:

Artikel 20 Abs. 1
Der Bundesrat ist ein dem Bundestag
und dem Bundestag gleichberechtigter
Bundesorgan.

Artikel 50
Der Bundesrat ist ein dem Bundestag
gleichberechtigtes Bundesorgan und
besteht aus Mitgliedern der Regierungen
der Länder.

Artikel 79 Abs. 3
Eine Änderung dieses Grundgesetzes,
die die Grundstruktur der Bundesrepublik
Deutschland berührt, bedarf der Zustimmung
des Bundesversammlung und der
Zustimmung aller der Länder, die in
dem Artikel 1 Land 30 Mitglieder des
Bundesrat entsenden.

DIE ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESRATES

Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Regierungen
der Länder, die die Landesparlamente und
Landtage entsenden.



DIE STIMMENVERTEILUNG IM BUNDESRAT

- 1. Jedes Land hat mindestens 3 Stimmen
- 2. Länder mit mehr als 2 Mio. Einwohnern haben 4 Stimmen
- 3. Länder mit mehr als 6 Mio. Einwohnern haben 5 Stimmen
- 4. Länder mit mehr als 7 Mio. Einwohnern haben 6 Stimmen



Die 16 deutschen Länder

Land	Fläche in km²	Einwohner
BADEN-WÜRTTEMBERG	35.711	10.770.000
BAYERN	70.546	13.100.000
BERLIN	890	3.500.000
BRANDENBURG	29.524	2.500.000
BREMEN	404	670.000
HAMBURG	755	1.700.000
HESSEN	21.114	6.100.000
MECKLENBURG-VORPOMMERN	23.801	1.800.000
NIEDERSACHSEN	47.800	7.700.000
NORDRHEIN-WESTFALEN	34.680	17.800.000
RHEINLAND-PFALZ	19.840	3.900.000
SAARLAND	2.570	1.100.000
SACHSEN	18.412	4.600.000
SACHSEN-ANHALT	20.481	2.800.000
SCHLESWIG-HOLSTEIN	15.770	2.500.000
THÜRINGEN	16.251	2.500.000

Die 16 deutschen Länder bilden zusammen einen Bundesrat, die Bundespolitik Deutschlands. Das Bundesratsprinzip verteilt die staatlichen Aufgaben in den Bereichen:

- Gesetzgebung
- Regierung und Verwaltung
- Rechtsprechung

Die Aufgaben werden jeweils von der staatlichen Ebene wahrgenommen, die sie am wirksamsten erfüllen kann. Der Gesamtstaat ist für die Dinge zuständig, die im Interesse des Volkes unbedingt einheitlich geordnet werden müssen. Darauf soll er sich aber auch beschränken; die übrigen Angelegenheiten regeln die Gliedstaaten, die Bundesländer. Dadurch behält jedes Land seinen eigenen Charakter. Im Bundesrat verbindet sich diese Vielfalt zur Einheit.

Darüber hinaus wirken die Länder nach Art. 90 Grundgesetz an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Dies geschieht durch den Bundesrat, das federative Bundesorgan.

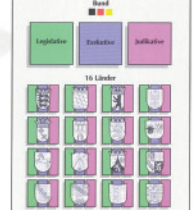
Der Bundesrat ist also:

- Gegengewicht zu Bundesregierung und Bundestag
- Interessensvertretung der Länder auf Bundesebene
- Bindeglied zwischen Bund und Ländern

Ein anderer Begriff für Bundesratsmacht ist Föderalismus (vom Lateinischen „foedus“, der Bund, das Bündnis).

DOPPELTE GEWALTEN- TEILUNG IM BUNDESRAT

Neben der Bundestag-Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Rechtsprechung (Lichtkeil-Gewaltenteilung) gibt es im Bundesrat eine weitere Aufteilung staatlicher Macht zwischen Bund und Ländern (Lichtkeil-Gewaltenteilung).



Information des Bundesrats 1996
ACSP, PI 4829

terpräsidenten deutscher Bundesländer und international gut vernetzte Oberbürgermeister schließen überall auf der Welt Verträge ab. Aber die Zentrale Berlin wächst und wächst. Es entstanden immer mehr Bundeszentralen, Bundesämter, Bundespolizei oder auch der Gesundheitsfonds und die Jobcenter, welche unter Umgehung der Länder den direkten Draht zwischen Bund und Kommunen pflegen.

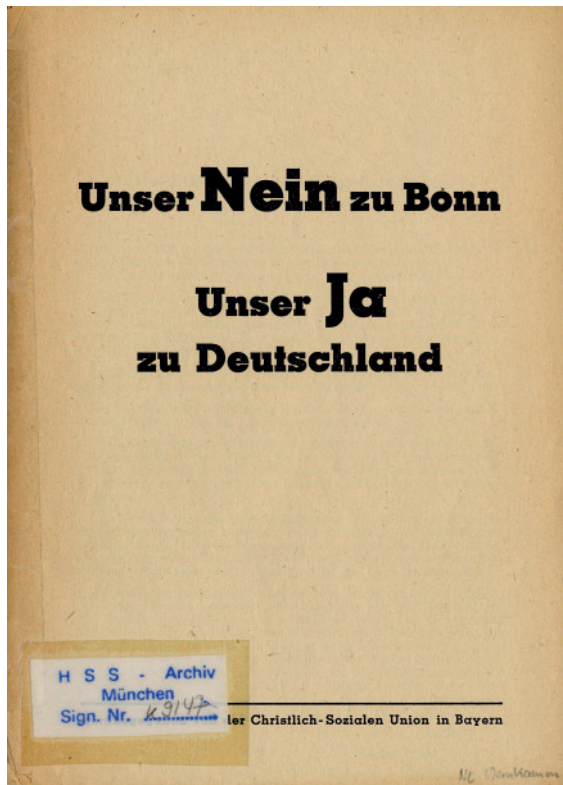
Wer betont in Zukunft die Staatlichkeit Bayerns? Bleibt die bayerische Landesgeschichte im Bewusstsein oder haben Klagen wie beispielsweise jene des Leiters des „Instituts für bayerische Geschichte“ in München ihre Berechtigung? Jubiläen wie „75 Jahre CSU“ sollten aufrütteln.

- Ernst Fuchs, „Standpunkt“, in: Passauer Neue Presse vom 13.11.2019.
- Plakatanschlag der Münchner Neuesten Nachrichten vom 5.1.1919. Das Staats-Grundgesetz war unterzeichnet von Kurt Eisner, Erhard Auer, Heinrich von Frauendorfer, Johannes Hoffmann, Edgar Jaffé, Albert Roßhaupter, Johannes Timm.
- Horst Möller, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin 2015.
- Ferdinand Kramer, Festvortrag am 7.11.2011 in Vilshofen an der Donau, u.a. zum abnehmenden Bewusstsein für die Eigenstaatlichkeit Bayerns (Text im Privatchiv Rose).

STIMMT ES, DASS DIE CSU DAS GRUNDGESETZ ABGELEHNT HAT? – UNSER NEIN ZU BONN, UNSER JA ZU DEUTSCHLAND

Klaus Rose

Nach dem Ende des Deutschen Reichs 1945, aber weiterhin im Bewusstsein eines eigenen Staates Bayern, dessen territoriale Unversehrtheit von den Alliierten garantiert war, galt den Menschen und den Politikern in Bayern nur eins: kein preußischer Zentralismus mehr und höchstens eine deutsche Zusammenarbeit auf voll föderaler Basis. Die Bayerische Verfassung vom Dezember 1946 garantierte die Eigenstaatlichkeit. Die politische Auseinandersetzung im Nachkriegsbayern, mit den vielen Flüchtlingen und Repatriierten, betonte „Bayern zuerst“ – besonders manifestiert in Altbayern durch die im Oktober 1946 gegründete Bayernpartei. Sie eilte von Sieg zu Sieg und machte der regierenden CSU schwer zu schaffen. In deren Namen kam Bayern nicht vor, im Gegenteil: der Verdacht, nicht nur (Alt-)Bayern im Sinn zu haben, schlug sich in innerparteilichen Richtungskämpfen nieder (Josef Müller, Alois Hundhammer). Als es trotzdem im bayerischen Herrenchiemsee zu einer Verfassungskommission für eine mögliche Bundesrepublik Deutschland kam, war für die CSU guter Rat teuer. Ihr Ministerpräsident Hans Ehard hatte zwar eine möglichst stark föderalistisch geprägte Verfassung angesteuert, aber reichte das Ergebnis den Kritikern?



Bayerischer Landtag lehnt Grundgesetz ab

Man war auf der sicheren Seite, wenn wegen „mangelnder“ föderaler Strukturen oder auch wegen des umstrittenen Regierungssitzes (Bonn oder Frankfurt/Main) gehandelt wurde. Der Bayerische Landtag lehnte folgerichtig im Mai 1949 nach einer Marathon-Sitzung das neue deutsche Grundgesetz ab, als einziges Bundesland. SPD und FDP stimmten dafür, die Mehrheit der CSU- und WAV-Abgeordneten stimmte dagegen. Die meinungsbildende Bayernpartei war im Landtag noch nicht vertreten. Es gab aber eine Art „Rückversicherungsklausel“: Sollten zwei Drittel der anderen Landtage in den westlichen Besatzungszonen dem Grundgesetz zustimmen, so sollte dieses Grundgesetz auch in Bayern gelten. Letzteres geschah tatsächlich.

Titelseite der CSU-Druckschrift zur Erklärung ihres Abstimmungsverhaltens, 1949
ACSP, DS 9/47

Ein solche „Nein, aber“-Haltung sollte auch in den kommenden Jahrzehnten vorkommen. Der politische Erfolg der neuen Bundesrepublik Deutschland drängte die „Nein-Sager“ schnell in den Hintergrund. Es gab aber noch genug Gelegenheit, eigenständig aufzutreten. Da gab es sogar den berühmten „CSU-Streit“ von 1968/69, als die Bundesregierung von CDU/CSU und SPD eine „Große Finanzreform“ beschlossen hatte, federführend Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß (CSU). Es ging um die Neuregelung der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die unter dem Stichwort „Gemeinschaftsaufgaben“ im Grundgesetz verankert werden sollte (Art. 91a, b), sowie in Artikel 104a Absatz 4 um die „Gemeinsame Finanzierung von gesamtwirtschaftlich wichtigen Investitionsprojekten“. Das Vorhaben galt als „gravierendster Einschnitt zuungunsten der Länder“ (CSU-Parteitag 1968). Protest kam von fast allen Ländern, im Bayerischen Landtag aber auch von allen Parteien. In Erinnerung blieb der heftige Streit zwischen Ministerpräsident Alfons Goppel (CSU) und Franz Josef Strauß (CSU), aber auch zwischen CSU-Landesgruppe und CSU-Landtagsfraktion. Der Weihnachtsfrieden war gestört. Schließlich gab es im Januar 1969 den „Münchener Kompromiss“ – statt neun Gemeinschaftsaufgaben sollte es bloß noch drei geben.

CSU setzt Nadelstiche

Außerdem gab es am 9. Januar 1974 den berühmten Strauß-Satz: „Wir Bayern müssen bereit sein, wenn die Geschichte es erfordert, notfalls die letzten Preußen zu werden.“ Für die gestandenen Bayern war die Verwirrung groß. Doch wegen der neuen Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung in Bonn, die im Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 gipfelte, sah die bayerische Staatsregierung (Alleinregierung CSU) die Notwendigkeit, vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu klagen. Der Erfolg mit Urteil vom 31. Juli 1973 gab Bayern Recht – der Weg zur Wiedervereinigung blieb juristisch offen. Auch unter Ministerpräsident Edmund Stoiber gab es 1992 wegen föderalistischer Bedenken ein grundsätzliches Nein zum in Bonn beschlossenen Vertrag von Maastricht samt Euro – und dann doch Zustimmung im Bundesrat. Immerhin setzte sich die von der CSU vertretene Idee des „Europa der Regionen“ durch. Der Erfolg zeigt sich in wertvoller grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Ein besonders scharfes Nein richtete die CSU schließlich gegen die Absicht, nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch wieder Berlin zur Hauptstadt zu machen, Symbol des Zentralismus. Vier Fünftel der CSU-Bundestagsabgeordneten stimmten am 20. Juni 1991 für Bonn, obwohl sie viele Jahre auch Bonn als „preußisches Übel“ gesehen hatten. Doch es war auch wieder der Freistaat Bayern, der sich als erstes Bundesland ein besonders attraktives Grundstück in Berlin sicherte, um seine eigene Repräsentanz dort zu erstellen.

CSU macht deutsche Politik

Da seit 1990 die CSU weitere 22 Jahre in der Bundesregierung saß, konnte sie stets ihr „Ja zu Deutschland“ bekunden. Die geradezu lustvolle Beschimpfung Berlins als „Stadt des Gesindels“ (linke Revoluzzer, Hausbesetzer, langhaarige Studenten, Sozialschmarotzer usw.) schwoll zunehmend ab. Die bayerische Staatsregierung hielt auch den Bundesnachrichtendienst nicht ab vom Umzug von Pullach nach Berlin, ebenso nicht den Ausverkauf wichtiger bayerischer Unternehmen wie Bayernwerk (heute EON mit Sitz in Düsseldorf-Hannover) oder MAN (zum VW-Konzern). Es hat sich einiges geändert durch die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland. Es hat sich natürlich auch Bayern verändert durch den starken Bevölkerungswandel. Nicht bloß neue Bayern waren zu integrieren, sondern auch veränderte Bayern zu pflegen. Bayern

war kein Agrarland mehr, das Stadt/Land-Gefälle nivellierte sich, die bayerische Identität sah sich herausgefordert. Selbst der Länderfinanzausgleich weckte neues Grummeln. Bayern musste plötzlich Deutschland alimentieren, obwohl doch die Bayern lieber an Südtirol denken als an die Lausitz. Trotzdem blieb (bisher) das Ja zu Deutschland. Schließlich alimentiert auch der FC Bayern die deutsche Fußballnationalelf – wenn es sein muss mit Neu-Bayern.



Der CSU-Parteiausschuss tagt unter dem Motto „Kraft des Südens“: Auf dem Podium Dorothee Bär und Stefan Müller
Foto: Eleana Hegerich/
ACSP, CSU-Parteiausschuss
20110212: 1/7-6



Strauß am 12.6.1986 am Rednerpult im Goethe-Institut in München.
Foto: Winfried Rabanus/ACSP, Rabanus Winfried: 65/2-30

STRAUß RÜFFELT GOETHE – IHM MISSFIEL DIE AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

Klaus Rose

Dass Franz Josef Strauß Bundesverteidigungsminister, Bundesfinanzminister und Bayerischer Ministerpräsident war, ist bekannt. Dass er als langjähriger CSU-Vorsitzender Weltpolitik und Geheimdiplomatie liebte, ist auch bekannt. Dass er sich aber in die Verästelungen einer ins Ausland wirkenden Kulturpolitik verirrt, fiel nur den Betroffenen auf – das aber umso heftiger.

Strauß und Raffalt

Mit dem ersten Leiter des Auslandsstudios des Bayerischen Rundfunks in Rom, Reinhard Raffalt, verband Strauß eine Art humanistische Seelenverwandtschaft, was Bildung und Latein betraf. Raffalt und Strauß besuchten sich gegenseitig, in Rom, in Rott am Inn oder in München. Aus dem beiderseitigen Schriftverkehr geht hervor, dass „ein intellektueller Austausch auf gleichem Niveau“ (Traut S. 86) gepflegt wurde. In ihrer Beziehung werden einige Facetten des Einwirkens von Strauß auf die Auswärtige Kulturpolitik sichtbar. Manch kulturpolitische Analyse half beiden in ihrem Schaffen, bis zu Raffalts plötzlichem Tod am 16. Juni 1976. Da die 1967 gegründete Hanns-Seidel-Stiftung im Februar 1973 die Errichtung eines „Instituts für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit“ beschloss, schien Reinhard Raffalt ein idealer Partner für Italien zu sein. Ab September 1974 vermittelte dieser viele Kontakte, nahm aber auch die Darstellung und Repräsentation Bayerns und seiner christlich-sozialen Politik wahr.

27 86 (76)

Grundsatzreferat des CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß anlässlich der Regionalbeauftragtenkonferenz des Goethe-Instituts am 12.6.1986 in München

Auswärtige Kulturpolitik – Ziele und Wege

- Anrede -

Als spannungslos und damit langweilig wird wohl kaum jemand das Verhältnis meiner Partei zur Bonner auswärtigen Kulturpolitik im allgemeinen und zu den Goethe-Instituten im besonderen bezeichnen. Die Frage, wofür das Kürzel "GI" eigentlich stehe, für Grass- oder für Goethe-Institut, darf in diesem Zusammenhang als überspitzt polemisch abgetan werden. Gleich zu Anfang möchte ich betonen: Mir geht es heute nicht um beckmesserisch pingelige Kritik aufgrund einiger Vorkommnisse, die sich schwer oder gar nicht verallgemeinern lassen. Jo Leinen ist Minister und Günther Grass ein vielleicht teilweise zu Recht weltweit geschätzter deutscher Autor. Bekanntlich habe ich auch weder Goethe noch sonst einer literarischen Größe jemals den Zutritt zum bayerischen Staatsdienst verwehrt.

./.

Rede von Strauß am 12.6.1986 im Goethe-Institut in München: Seite 2 seines Manuskripts. ACSP, NL Strauß Slg Kray RA: 86/76

eigenes Weltbild zum Besten gaben. Dazu sollte vor allem ein neues Muster von „Wortprogrammen“ dienen, welches auch Günther Grass zu einem Vortrag in New York oder manchem „Studentenführer“ zur Verbreitung seines revolutionären Auftrags verhelfen konnte. Der eigentliche Auftrag des Goethe-Instituts, nämlich die Vermittlung der deutschen Sprache, trat immer mehr in den Hintergrund. Mancher Instituts-Leiter, besonders auf dem indischen Subkontinent, verzichtete völlig auf das Sprachangebot und lockte vielmehr Gäste durch Theaterstücke und Musik in englischer Sprache an. Möglichst nicht als Deutscher auffallen, schien die Devise zu sein. Ein neues deutsches Weltbild wurde bald nur noch durch das Konkurrenz-Institut der DDR vermittelt. Doch immer wieder tauchten in den konservativeren Zeitungen Hinweise auf diese „Neuorientierung“ auf. Franz Josef Strauß fing bald zu toben an.

Die sozial-liberale Bundesregierung seit 1969 hatte, schnell sichtbar, für die Darstellung eines „christlich-sozialen Bildes“ wenig übrig. Die Welt sollte ein neues Deutschland kennenlernen, wozu die Ost- und Friedenspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt, aber auch die kirchenferne Gesellschaftspolitik der „68er-Generation“ gehörte. Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts wurde folglich umgestaltet. 1976 gab es einen neuen Rahmenvertrag zwischen Auswärtigem Amt und Goethe-Institut. Nicht mehr die klassische Kulturpolitik, sondern eine Art „plebejische Vielfalt“ prägte das neue Deutschlandbild im Ausland. Später hieß es ganz offiziell: „Geprägt von der Studentenrevolte orientiert sich die nun einsetzende kulturelle Programmarbeit des Goethe-Instituts an gesellschaftspolitischen Themen und avantgardistischer Kunst.“ (Website des Goethe-Instituts)

Strauß bekämpft die linksliberale Kulturpolitik

Kulturausstellungen im Ausland entsprachen natürlich nicht mehr dem Geschmack der „alten“ Elite. In den einzelnen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland rund um den Erdball und besonders in den vielen neuen Dependancen des Goethe-Instituts tummelten sich gar manche echte „68er“, die auf Steuerzahlers Kosten ihr

Er hatte schon lange Grund dazu. Die Neuorientierung der Goethe-Arbeit führte nämlich immer häufiger zu „Künstler-Auftritten“, die im Ausland missliebige deutsche Persönlichkeiten angriffen. Bei einer Foto-Ausstellung 1975 in London, welche vom Goethe-Institut mitfinanziert wurde, musste Franz Josef Strauß als Metzger herhalten, in Anspielung auf seine Abstammung. Entsprechende Proteste ließen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zwar sein „Bedauern über die diffamierenden Darstellungen“ ausdrücken, aber wohl eher wegen des Zusammenhangs mit Bundesmitteln. Als die Weisung zur Zurückhaltung kam, schwang sich ein SPD-Abgeordneter aus Hamburg zum Künstler-Retter auf. Es werde, so meinte er, mit dem Geldhahn Zensur betrieben. Es hatte nämlich die linke Künstlergruppe „Rote Rübe“ aus München keinen Zuschuss mehr für eine Paris-Reise bekommen (zitiert nach Spiegel 12/1975). Der SPD-Abgeordnete stammte aus einer deutschen Offiziersfamilie mit völkischem Hintergrund, wirkte aber vielleicht deshalb besonders engagiert als „Linker“. Von 1977 bis 1985 war er Präsidiumsmitglied im Goethe-Institut.

Neuorientierung durch die Wiedervereinigung

Nach der Bundestagswahl vom März 1983, die den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl eindrucksvoll als Kanzler bestätigte, aber FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher weiterhin im Auswärtigen Amt beließ, setzte die Kulturabteilung ihren gewohnten Kurs fort. Doch erstmals hatte sich ein CSU-Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages des Etats des Auswärtigen Amtes angenommen. Dieses CSU-Mitglied war der Autor dieses Beitrags, AA-Berichterstatter 1983-1994. Bald stöhnten die Goethe-Institute weltweit, dass sie jetzt Rechenschaft über alle(!) Wortprogramme ablegen mussten. Der neue Berichterstatter sah sich auch zunehmend kritisch vor Ort um und konnte mit belegbaren Fakten aufwarten. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gab es genüssliche Debatten. Aber erst als im Juni 1986 Franz Josef Strauß als Ministerpräsident von Bayern eine Philippika vor der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts ablieferte, begann das Goethe-Präsidium umzudenken.



Franz Josef Strauß, der Präsident des Goethe-Instituts Klaus von Bismarck und der Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung Otto Wiesheu hören die Rede von Peter Wapnewski am 12.6.1986 in München. Foto: Winfried Rabanus/ACSP, Rabanus Winfried: 65/1-3



Präsident Klaus von Bismarck eröffnet 1988 in Anwesenheit von Bundespräsident a.D. Walter Scheel (1.R. 4. v.li.) und Klaus Rose (6. v.li.) den Neubau des seit 1960 in Bangkok ansässigen Goethe-Instituts. ACSP, HA Rose Klaus: 26-1

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands fiel ideologischer Ballast ab. Das Loblied auf den Sozialismus und dessen Errungenschaften war „vom Winde verweht“. Der 1989 nur widerwillig akzeptierte neue Präsident Hans Heigert konnte bis 1993 ruhigere Bahnen einschlagen. Auch der neue Außenminister Klaus Kinkel war für eine „avantgardistische Kultur“ kaum zu gewinnen. Spätere Tätigkeitsberichte des Goethe-Instituts sahen die Pflege der Sprache und Kultur der Deutschen wieder mehr im Mittelpunkt. Zwei weitere CSU-Mitglieder als Haushaltsberichterstatter des Auswärtigen Amtes, Erich Riedl und Herbert Frankenhauser, erlebten ab 1995 weniger Aufregung. „Skandal-Stories“ mussten anderswo gefunden werden. Immerhin konnten die alten Garden der auswärtigen Kulturpolitik aber wegen einer angeblichen Auszehrung der Kulturpolitik den „Schwarzen Peter“ nun dem Rotstift eines CSU-Finanzministers zuschieben – und natürlich der behaupteten Überforderung des neuen FDP-Außenministers. Finanzen und Kultur waren jedoch schon immer Reizwörter. Die Wortgewalt lag aber durchaus im Umfeld von Konservativen – bei einem Franz Josef Strauß war sie selbstredend.

Zunächst schäumten noch die linken Medien in Deutschland. Im Deutschen Bundestag gab es eine aufgeregte „Aktuelle Stunde“ mit bekannten Rednern. Als im Januar 1987 aber die Kohl-Regierung durch Wahl bestätigt wurde, machten der Präsident des Goethe-Instituts und sein kleiner elitärer Vorstand den Haushaltsberichterstatter zum Vorstandsmitglied im Goethe-Verein. Mit dem damaligen Generalsekretär ergab sich bald eine durchaus fruchtbare Zusammenarbeit. Er kreuzte häufig in Bonn auf, um die Stimmungslage im Haushaltsausschuss zu testen, und wirkte mäßigend auf die unruhigeren Geister im Vorstand ein.

Julian Traut, Ein Leben für die Kultur. Reinhard Raffalt (1923-1976) zwischen Bayern, Deutschland und Italien, Regensburg, 2018.

Thomas Jehle, Die auswärtige Kulturpolitik des Freistaats Bayern 1945-1978, München 2018.

Website des Goethe-Instituts <https://www.goethe.de/de/uun/org/ges.html>, Internet-Abuf vom 29.10.2019.



Politischer Aschermittwoch der CSU am 28.2.1990 in der Passauer Nibelungenhalle: Blick über den Zuschauerraum aufs Podium mit Theo Waigel am Rednerpult, vor dem Motto "Freiheit statt Sozialismus".
Foto: Winfried Rabanus/ACSP, Rabanus Winfried: 105/5-11

HAT DIE CSU DEN POLITISCHEN ASCHERMITTWOCH ERFUNDEN?

Klaus Rose

Der Mythos des „Politischen Aschermittwochs“ bleibt ungebrochen, auch wenn historische Fakten zur Differenzierung raten. Da auch Franz Josef Strauß zeitlebens große historische Zusammenhänge erzählte, hat er wohl nichts gegen derlei Fakten. Diese fördern zutage: Die CSU hat den Politischen Aschermittwoch erfunden, aber auch wieder nicht. Es kommt auf die – richtige – Betrachtung an.

1919 gab es die erste „Große Volksversammlung“

Falsch ist auf jeden Fall die Formulierung „Politischer Aschermittwoch seit 1919“. Dieser Begriff wurde erst 50 Jahre später erwähnt. Richtig ist, dass es am Aschermittwoch 1919, wie durchaus schon in monarchischer Zeit, in der Donaustadt Vilshofen einen großen Viehmarkt gab, auch wegen des wertvollen Eisenbahnanschlusses, und dass die hungrigen und vor allem durstigen Bauern zur Mittagszeit ihr Labsal suchten. Da seit 1890 die Vilshofener Magnaten-Familie Wieninger (oftmals Bürgermeister) nach dem Vorbild der neuen Münchner Bierkeller einen prächtigen „Konzertsaal“ errichtet hatte, der bis zu tausend Menschen Platz bot, war klar, dass seither größere Veranstaltungen in diesem „Wieningersaal“ abgehalten wurden, von Konzerten bis zu politischen Versammlungen. So waren dort schon 1899 der Bayerische Bauernbund, eine liberale und antiklerikale Partei sowie das Bayerische Zentrum aufgetreten, wenn auch nicht am Aschermittwoch. Der große Viehmarkt befand sich jedenfalls nur etwa 70 Meter vom Wieningersaal entfernt. Die Bauern aus nah und fern genossen die Atmosphäre.



Während des Ersten Weltkriegs diente der Saal als Lazarett. Im Juli 1917 musste die Familie Wieninger einer Zwangsversteigerung des Areals zustimmen. Neuer Eigentümer wurde die Stiftung „Bischöfliches Klerikalseminar“ Passau, die auch die nahe Brauerei Hacklberg betrieb. Das war der Grund, weshalb in Vilshofen der Brauereibetrieb eingestellt wurde. Die antiklerikale Stimmung in der Stadt schwoll an. Nach der Revolution und der Einführung einer Demokratie mit Landtags- und Reichstagswahl im Januar 1919 wurde

Zeichnung vom 24.2.1955 zum Politischen Aschermittwoch: Joseph Baumgartner von der Bayernpartei und Franz Josef Strauß von der CSU treten zum Rededuell in Vilshofen an. ACSP, NL Kolfhaus Herbert 1955: 2/15

de der notdürftig renovierte Saal wieder zur Nutzung freigegeben. Am 6. Januar 1919 lud die neue Bayerische Volkspartei zur Wahlversammlung in den Wieningersaal, zum Aschermittwoch schließlich der Bayerische Bauernbund. Er griff die aufgeregte Stimmung auf, besonders wegen des Mordes am Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (21. Februar 1919). Die Plakate luden zur „Großen Volksversammlung“. Das Wort Volk hatte seine neue Bedeutung: Volkspartei, Volksversammlung, Volksstaat – frei vom Monarchen, Freistaat.

Begierig lauschten am Aschermittwoch 1919 mehr als tausend Menschen dem Redner. Man wollte aus erster Hand Neues erfahren. Wegen der Münchner Ereignisse waren aber die obersten Parteiführer unabhkömmlich, so dass der niederbayerische Vertreter Joseph Klarhauser aus Haunersdorf an der Vils als Redner auftrat. Doch es kam zu keiner Bauernbund-Tradition am Aschermittwoch. Es war vielmehr der „Christliche Bauernverein“, welcher ab 1920 mindestens fünf Mal in den Wieningersaal einlud, auch 1932. Doch da hatte auch die NSDAP eine Abendveranstaltung aufgezogen, in einem Bankgebäude am Stadtplatz. Der Begriff „Politischer Aschermittwoch“ kam bei niemandem vor, auch 1946 nicht, als der neue Bayerische Bauernverband mit Generalsekretär Alois Schlögl, dem späteren CSU-Landwirtschaftsminister, zu einem „unpolitischen Treffen“ einlud – Parteien waren noch nicht zugelassen.

Die Legendenbildung vom Politischen Aschermittwoch

Die Behauptung, dass 1946 die Bayernpartei die demokratischen Aschermittwoch-Kundgebungen neu begründete, ist also falsch (so im Wikipedia-Artikel zum Politischen Aschermittwoch).

Beim Politischen Aschermittwoch am 20.3.2000 in Passau: (v.li.) Ingo Friedrich, Thomas Goppel, Karin Stoiber, Edmund Stoiber und Barbara Stamm. Foto: Faces by Frank/Politischer Aschermittwoch 20000320: 13



1947 war Alfred Loritz von der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung (WAV) aufgetreten und erst 1948, neben der SPD und der CSU, die neue Bayernpartei. Richtig ist, dass letztere zu einer „Großkundgebung“ im Konzertsaal eingeladen hatte, um mit ihrem Starredner zu punkten, dem aus der CSU ausgetretenen Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner. Außerdem hatte die deutlich anti-preußische und anti-amerikanische Bayernpartei an die vorherige Tradition des Umzugs mit der Stadtkapelle angeknüpft und großen Eindruck gemacht. Das galt auch in den Folgejahren, in denen die Bayernpartei die politische Szene in Vilshofen beherrschte und sowohl den 1. Bürgermeister als auch die ersten Abgeordneten im Bundeswahlkreis Vilshofen stellte (Land und Bund). Der Wieningersaal war es nicht mehr, wohl aber der „Wolferstetter Keller“, welcher schon am Fronleichnamstag 1930 als „Wolferstetter Sommerkeller“ ein „Großes Konzert der Stadtkapelle Vilshofen“ erlebt hatte – mit jener Stadtkapelle, die ab 1934 ein „SA-Musikzug“ geworden war und nach dem Zweiten Weltkrieg nur geringfügig verändert wieder aufspielte. Das Wort „Politischer Aschermittwoch“ war aber noch immer nicht erfunden.

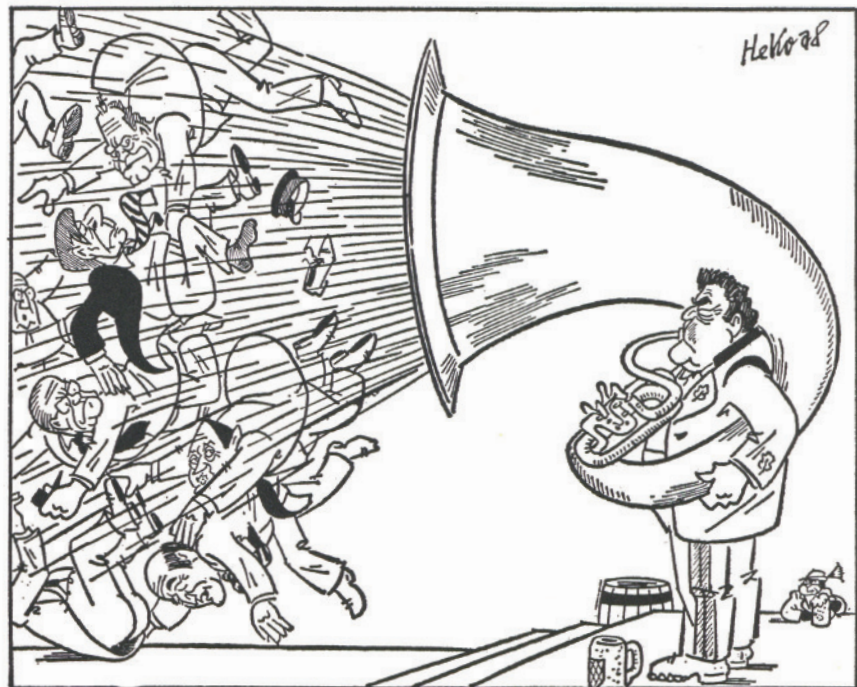
1953 wollte die CSU nicht weiter zuschauen. Sie hatte sich in der Stadt Vilshofen eine neue Geschäftsstelle für den Bundeswahlkreis geleistet und dachte schon an die zweite Bundestagswahl im Herbst. Die CSU lud also „Zum Bauerntag“ in den Wolferstettersaal ein und bot ihren neuen Starredner Franz Strauß auf (noch ohne Josef). Die Menschen horchten auf, in den Folgejahren kam es zu den legendären „Redeschlachten“ zwischen Bayernpartei und CSU beziehungsweise zwischen Baumgartner und Strauß. Es wandelte sich auch der Charakter der Veranstaltungen. 1955 lud die CSU nicht mehr zu einem Bauerntag, sondern zur CSU-Kundgebung. Der Viehmarkt war weggeschrumpft, Strauß aber inzwischen Bundesminister und deutschlandweit beachtet. Der Wolferstetter Keller wurde langsam zu klein. Die Bayernpartei trat am selben Aschermittwochvormittag im Konzertsaal unter dem Motto an: „Bauern und Mittelständler, kommt zu der traditionellen Großkundgebung der Bayernpartei“.

Zeichnung vom 9.2.1978 zum Politischen Aschermittwoch ACSP, NL Kolfhaus Herbert 1978: 2/1

„Politischer Aschermittwoch“ – eine mediale Erfindung

Ab 1958 sahen die Leser in der Vilschhofer Lokalzeitung den Begriff „Weiß-Blauer politischer Aschermittwoch“, in der Passauer Neuen Presse (Gesamtausgabe) jedoch „Politischer Aschermittwoch“. Die Begriffe waren eine mediale Erfindung und wurden erst später auch in den Einladungen der Partei verwendet. Womit wir bei der Eingangsfrage landen: Hat die CSU den Politischen Aschermittwoch erfunden?

Sie hat ihn zweifelsfrei nicht erfunden. Sie hat aber mit ihrem langjährigen Hauptredner Franz Josef Strauß maßgebend dazu beigetragen, dass die jeweilige (Groß-)Kundgebung am



„Wieder mal den Passauer Marsch geblasen.“

Aschermittwoch in Vilshofen – und später an vielen anderen Orten – ein Spektakel war, das sich einprägte. Ohne die CSU und Strauß wäre der politische Auftritt am Aschermittwoch in Vilshofen genauso weggedümpelt wie die Viehmärkte. In der Reibung mit der großen CSU und ihrem Sinn für weißblaue Folklore liefen auch andere politische Parteien zur Form auf. Bald galt die CSU als das wahre Original des Politischen Aschermittwoch. Der Umzug 1975 aus bekannten Gründen von Vilshofen nach Passau vergrößerte die Dimensionen und damit auch die Ausstrahlung. Die CSU beschenkte die bayerische Tradition. Dass 2020 die Bayernpartei sich erneut als „das Original“ feierte – geschenkt.

*Von 1953 bis zu seinem Todesjahr
1988 trat Franz Josef Strauß insgesamt
fünfunddreißig Mal als Redner beim
Politischen Aschermittwoch auf.
Lediglich 1963 ließ er sich wegen
eines privaten Auslandsaufenthaltes
durch Bundesminister
Hermann Höcherl vertreten.*

CDU-Teilnehmer am Politischen
Aschermittwoch der CSU
am 8.2.1989 in Passau,
die wenige Monate nach
seinem Tod an den legendären
Aschermittwochsredner
Franz Josef Strauß erinnern.
Foto: Team '70/ACSP, T
eam '70 Ph: 32/11-6



Wikipedia-Artikel https://de.wikipedia.org/wiki/Politischer_Aschermittwoch (abgerufen 12.11.2019).

Quelle: Die jeweiligen Zeitungsausgaben (Vilshofen); vgl. auch den Artikel von Klaus Rose zum Politischen Aschermittwoch, in: Donaubote vom 19. März 2019 (Verlag Donaudruck Vilshofen).